

Aargauer Zeitung

Montag, 31. Januar 2022

Wirtschaftsverbände: Regierung soll AKB- Entscheid umstossen

Kreditstreit Gewerbeverband und Handelskammer wollen es nicht akzeptieren, dass die Aargauische Kantonalbank (AKB) gewisse Branchen von Krediten ausschliesst. Sie verlangen vom Regierungsrat ein Moratorium der Kreditvergabekriterien und fordern eine eigene Vertretung im Bankrat der AKB, dem strategischen Führungsgremium.

Nachdem publik geworden war, dass die Kantonalbank keine Firmen finanzieren will, die Kernenergie produzieren, fossile Brennstoffe fördern oder Genforschung betreiben, gab es Kritik. Hans-Jörg Bertschi, Vizepräsident der Industrie- und Handelskammer, fragte auf Twitter: «Warum richtet sich die AKB nach Forderungen der Grünen und nicht nach Kriterien der Nationalbank?». Peter Gehler, auch Vizepräsident der Handelskammer, legte nach: «Ein staatliches Institut sollte sich hüten, Politik zu machen und die Welt in Gut und Böse einzuteilen.»

Am späten Sonntagabend griffen Gewerbeverband und Handelskammer die AKB in einer Mitteilung frontal an. Es sei unzulässig und wirtschaftsfeindlich, wenn die Bank gewisse Branchen bevorzuge oder benachteilige. Die Kreditvergaberegeln müssten überarbeitet werden, wobei Regierung und Grosse Rat diese Frage im Rahmen der Eigentümerstrategie beantworten müssten, fordern die Verbände. AKB-Sprecherin Christine Honegger hatte am Freitag gesagt: «Unser Engagement steht im Einklang mit der Eigentümerstrategie unseres Kantons.» (fh) **Region**